

Wie unterstützen Sie die Therapeut*innen vor Ort bei der Umsetzung des Gesetzes zur Telematikinfrastuktur, insbesondere bei der Einführung der E-Verordnung und der Digitalisierung allgemein?

CDU, Svenja Schünemann, Politische Referentin

CDU, Dirk Toepffer, MdL, Fraktionsvorsitzender

Die Digitalisierung bietet wie in allen Branchen viele Chancen. Durch neue technische Voraussetzungen können Daten schneller zwischen den Versorgungssektoren und den medizinischen Professionen ausgetauscht werden, damit schnell und adäquat über räumliche Grenzen hinweg, geholfen werden kann. Dieses Prinzip greift die Telemedizin auf. Wir werden deshalb telemedizinische Fernbehandlungen anwenden und fördern. Die auf Bundesebene vereinbarte stufenweise Einführung der E-Verordnung hat am 1. September 2022 begonnen. Zunächst wird die E-Verordnung in Nordrhein-Westfalen in der KV-Region Westfalen-Lippe getestet. Funktioniert es dort in der Versorgung gut, sollen weitere KV-Regionen im Bundesgebiet folgen. Wir werden die Einführung in Niedersachsen konstruktiv begleiten.

FDP, Helge Gülzau, Referent für Kampagne & Kommunikation

Wir stehen für Innovationen. Ein digitaler Datenaustausch könnte einen erheblichen Beitrag dazu leisten, das Gesundheitssystem moderner und leistungsfähiger zu machen. Dies kann aber nur dann wirklich gelingen, wenn wir auch diejenigen unterstützen, die die Digitalisierung umsetzen. Wir Freie Demokraten wollen die Digitalisierung im Gesundheitswesen durch klare und transparente Rahmenbedingungen voranbringen. Dazu benötigen wir offene Standards, Interoperabilität und Datensicherheit. Die Vernetzung zwischen allen Gesundheitsakteuren – also selbstverständlich auch den Heilmittelerbringern – sowie Patientinnen und Patienten, muss digital ausgestaltet sein. Nur so ist eine schnelle Verfügbarkeit der Patientinnen- und Patientendaten sicherzustellen. Die Digitalisierung ist kein Wert an sich, sondern sie hat das Potenzial, die Gesundheitsversorgung und den Arbeitsalltag von allen Gesundheitsakteuren zu erleichtern. Wir haben deshalb die (leider viel zu spät in die Wege geleitete) Einführung der elektronischen Patientenakte (ePA) begrüßt. Hinsichtlich des Zugangs zu den Daten stehen wir zum Opt-out-Modell und begrüßen, dass die Koalition im Bund in Ihrem Koalitionsvertrag festgehalten hat, dass sie die ePA auf ein Optout-Modell umstellen will.

Grüne, Josef Voß, Referent für Landes- und Kommunalpolitik

Die Digitalisierung im Gesundheitswesen ist kein Selbstzweck, sondern muss zum Abbau von Bürokratie führen und einen Mehrwert für Leistungserbringende und Patient*innen bringen. Wir suchen deshalb den regelmäßigen Austausch mit allen Beteiligten, um die Umsetzung von e-Rezept und e-Verordnung eng zu begleiten und Probleme frühzeitig zu identifizieren.

LINKE, Franziska Junker, politische Schwerpunkte u.a. Gesundheit und Pflege, Bildung, Tarifverträge

Für den Anschluss an die Telematik-Infrastruktur und das Einstellen von Daten zum Beispiel in die elektronische Patientenakte sieht DIE LINKE die Krankenversicherung in der Pflicht. Aber natürlich setzen wir uns dafür ein, dass die Anbindung schnellstmöglich und in gleicher Weise wie bei den Arztpraxen erfolgen soll. Es wäre falsch, die Kompetenzen der Therapeut*innen nicht unverzüglich einzubeziehen. Klar muss an allen Stellen auch sein, dass stets die Sicherheit der Technik und der Daten gewährleistet sein muss, dass also auch die gleichen Anforderungen wie auch in einer Arztpraxis erfüllt werden.

SPD

persönliches Gespräch geplant